

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 688 846 pbbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 221

15. November 1984

Norbert Gansel MdB,
Günther Jansen MdB und
Peter Paterna MdB grei-
fen einen Skandal um die
Kieler Liste gegen Aus-
länderbegrenzung auf.
Seite 1

Peter BÜchner MdB: Die
versprochene freie Fahrt
über die Grenzen entpuppt
sich als "rote Welle".
Seite 3

Manfred Reimann MdB in-
terpretiert die Sach-
verständigenanhörung zur
Rentenversicherung: Ohne
Strukturreform geht es
nicht.
Seite 4

Horst Jaunich MdB belegt,
daß der Sozialdarwinismus
nach der Wende Konjunk-
tur bekommen hat.
Seite 6

Die Post unterstützt Volksverhetzung

Warum schweigt Schwarz-Schilling zu dem Kieler
Skandal?

Von Norbert Gansel MdB,
Günther Jansen MdB und
Peter Paterna MdB

Wir Bundestagsabgeordnete haben den 18 Kieler Postzustei-
lern und der Postgewerkschaft volle Unterstützung in der
Auseinandersetzung im Kieler Postbeförderungsskandal zuge-
sagt. Dabei geht es um eine Postwurfsendung der "Kieler
Liste gegen Ausländerbegrenzung (KLA)" die sich nach
unserer Auffassung immer mehr zu einer verfassungsfeindli-
chen Organisation entwickelt. Die KLA hatte in einem
Flugblatt mit Trauerrand

- Ausländer unter anderem als Illegale, Kriminelle, Schein-
asylanten und Schmarotzer bezeichnet.

Wörtlich heißt es weiter:

"Kommt herein in Massen... Wir freuen uns ja so sehr
über noch mehr Bevölkerungsdichte, die damit verbundene
Umweltbelastung und Arbeitslosigkeit, auf noch mehr
Kriminalität und Rauschgifttote. Und dann erst die Aus-
sicht auf Bürgerkrieg, nicht wahr Friedensfreunde?"

Die Deutschen wurden in dem Flugblatt außerdem aufgefor-
dert: "Nehmen wir die Sache selbst in die Hand, wir haben
das Recht und die Pflicht dazu."



Wir sind der Auffassung, daß dieses Flugblatt unzweifelhaft gegen den Paragraph 130 Strafgesetzbuch verstößt. Der Paragraph 130 StGB lautet:

- Paragraph 130 Volksverhetzung. Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,
2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Wir werfen Präsident Schilling von der Kieler Oberpostdirektion vor, daß er diesen klaren Straftatbestand entsprechend Paragraph 13 der Postordnung zur Ablehnung des Hetzblattes der KLA hätte heranziehen müssen. Stattdessen wird 18 Postzustellern, die in der Wahrung demokratischer Grundrechte sensibler reagieren als in unserem System hochbezahlte verantwortliche Dienstvorgesetzte, mit Rausschmiß gedroht.

Wir haben dem OPD-Präsidenten außerdem vorgeworfen, mit seiner Entscheidung für die Verteilung dieses Flugblattes eine schlimme geistige Haltung rechtsradikaler Volksverhetzung tätig unterstützt zu haben.

Typisch ist auch das Schweigen von Bundespostminister Schwarz-Schilling zu diesem Vorfall. Wenn der Postminister jetzt nicht unverzüglich den Fall des KLA-Hetzblattes zum Anlaß nimmt, klare Feststellungen auch gegen verfassungsfeindliche Kampagnen von rechts zu treffen, und seine OPD-Präsidenten entsprechend anweist, wird der Vorfall von Kiel auch gegen ihn ein parlamentarisches Nachspiel haben.

Die Kieler Staatsanwaltschaft wird aufgefordert, unter Zugrundelegung von Paragraph 130 StGB gegen die Verantwortlichen der KLA ein Strafverfahren einzuleiten. Außerdem ist der Zeitpunkt gekommen, die KLA als "verfassungsfeindliche Organisation" zu betrachten und ein Verbotverfahren zu prüfen.

Der demokratische Staat lebt von der Zivilcourage, wie sie die Postzusteller bewiesen haben; Trittbrettfahrer sollten das endlich begreifen. Verfassungsgegnern, wie sie sich in der KLA offensichtlich sammeln, muß politisch und rechtlich, und zwar mit aller Konsequenz, entgegengetreten werden. (-/15.11.1984/ks/va)

+ + +



Grenzkontrollen

Grünes "E" bringt oft rotes Licht

Von Peter Büchner MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Die Antwort der Bundesregierung auf meine parlamentarische Anfragen bringt keine Klarheit über die praktische Abwicklung von erleichterten Grenzkontrollen nach der Einführung des grünen "E"-Zeichens. Es gibt bei vielen Bürgern in steigendem Maße "Irritationen und Beschwerden", daß sie trotz oder gerade wegen der sichtbaren Anbringung des E-Zeichens angehalten und besonders sorgfältig kontrolliert werden.

Diese Annahme wird von der Bundesregierung zwar bestätigt, allerdings seien diese Schwierigkeiten unmittelbar nach Inkrafttreten der Abkommen mit Frankreich und mit Österreich über den schrittweisen Abbau von Kontrollen an der Grenze aufgetreten, als "den Reisenden die Bedeutung der grünen Scheibe noch nicht hinreichend bekannt war". Andererseits lägen Erkenntnisse vor, so die Bundesregierung, daß diese Scheibe teilweise unberechtigt verwendet würde. Nach Mitteilung des bayerischen Staatsministeriums des Innern seien in der Zeit vom 20. August bis 30. September 1984 allein an der deutsch-österreichischen Grenze 1.291 Fälle der unberechtigten Nutzung festgestellt worden.

Dazu ist zu sagen: Wer in gut einem Monat so viele konkrete Fälle angeblich unberechtigter Benutzung registriert, der muß doch dazu besonders aufmerksam gerade die Fahrzeuge kontrollieren, an denen das E-Zeichen angebracht ist: Es bestätigt sich also die Vermutung, daß die Anbringung dieses Zeichens nicht zu einer Erleichterung, sondern eher zu einer Erschwerung, zumindest aber zu mehr Unsicherheit beim Grenzübertritt führe.

Die Bundesregierung hat angekündigt, durch eine verbesserte Aufklärung der Bevölkerung diese Schwierigkeiten beseitigen zu wollen. Dazu müßten allerdings hinsichtlich der Kontrolle klare Anweisungen an die Zollbeamten erfolgen. Dies ist offensichtlich bisher nicht der Fall. Die allgemeine Anweisung, Fahrzeuge mit grüner Scheibe weniger häufig zu kontrollieren als Fahrzeuge ohne grüne Scheibe, führt nicht dazu, daß die Unklarheiten und Schwierigkeiten an den Grenzen ausgeräumt werden.

Unter Bezug auf die neuerliche Ankündigung beim letzten deutsch-französischen Gipfeltreffen in Bad Kreuznach, die Grenzkontrollen würden noch weiter vermindert, schlage ich der Bundesregierung vor, statt großer Ankündigungen sich einmal um die außerordentlich unbefriedigende praktische Handhabung der bisherigen Vereinbarungen an den Grenzen zu kümmern. Man kann den Zollbeamten keine Vorwürfe machen, wenn die Regierungen Vereinbarungen treffen, sich aber um die Umsetzung in die Praxis nicht mehr kümmern.

Das grüne "E" sollte eigentlich freie Fahrt über die Grenzen ermöglichen, es bedeutet aber sehr oft "rotes Licht".

(-/15.11.1984/ks/va)



Existenzkrise für die Rentenversicherung

Eine Strukturreform ist unausweichlich geworden

Von Manfred Reimann MdB

Die Sachverständigenanhörung brachte es zutage: Die Spargesetze der Bundesregierung rissen ein riesiges Finanzloch bei der Rentenversicherung auf und eine Strukturreform der Rentenversicherung ist unausweichlich.

An der Sachverständigenanhörung zum geplanten Arbeitsförderungs- und Rentenversicherungs-Änderungsgesetz nahmen unter anderem Präsident Franke für die Bundesanstalt, Professor Meinhold (Sozialbeirat) wie Vertreter der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und des Deutschen Gewerkschaftsbundes teil. Dabei herrschte weitgehend Einigkeit in drei Punkten:

1. Daß die Finanzsituation der Rentenversicherung extrem strapaziert ist. Das zeigt das Schrumpfen der Schwankungsreserve auf 1,2 Monatsausgaben Ende 1984. Liquiditätsengpässe konnten in diesem Jahr durch die Vorziehung von Zahlungen des Bundeszuschusses noch überbrückt werden. Jedoch im kommenden Jahr muß die Rentenversicherung Kredite aufnehmen, um liquide zu bleiben. Allenfalls "mildernd" wirkt sich die stärkere "Besteuerung" der Sonderzahlungen bei Arbeitnehmern (Weihnachts- und Urlaubsgeld) aus.
2. Als unmittelbare Ursachenfaktoren für die Liquiditätskrise wurden die Spargesetze der Bundesregierung genannt, die ein Finanzloch bei der Rentenversicherung aufgerissen haben. Es hat die Größe von cirka fünf Milliarden DM. Verursacht worden ist es vor allem durch die Reduzierung des Bundeszuschusses und die Kürzung der Beitragszahlungen der Bundesanstalt an die Rentenversicherung. Ganz allgemein fällt vor allen Dingen aber der "Kostenbrocken" Arbeitslosigkeit durch ausfallende Beitragseinnahmen bei der Entwicklung der Renteneinnahmen ins Gewicht.
3. Es besteht, so die Sachverständigen, akuter Handlungsbedarf für eine Strukturreform der Rentenversicherung, insbesondere wegen des demographischen Druckes,



das heißt dem Rückgang der Beitragszahler in den 90er Jahren. Die Elemente dieser Strukturreform wurden unterschiedlich gewichtet. Hierzu gehören unter anderem: Die Neuordnung des Bundeszuschusses, Beitragserhöhungen, Arbeitgeberumlagen. Einigkeit herrschte darin, daß die Lasten nicht einseitig von den Beitragszahlern getragen werden dürfen.

Daraus ergibt sich meines Erachtens als Handlungsbedarf:

- Mit dem Verschiebepbahnhof muß Schluß sein, andernfalls besteht Existenzgefahr für die Rentenversicherung. So müssen die Kürzungen weitgehend zurückgenommen werden (vor allem in Bezug auf den Bundeszuschuß und die Beitragszahlungen der Bundesanstalt an die Rentenversicherung). Weil sie systemgefährdend sind für die Rentenversicherung. Denn es geht nicht an, daß die Rentenversicherung auf Pump lebt, wie aller Voraussicht nach im nächsten Jahr. Das erschüttert das Vertrauen in die Solidarität der Rentenversicherung.
- Der Bundeszuschuß muß auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden. Nachdenkenswert ist vor allem der Vorschlag, daß er an die Ausgaben der Rentenversicherung gekoppelt wird, beziehungsweise auch inwieweit er durch Gesetz - als Garantie - verankert wird.
- Die Anerkennung von Kinderziehungszeiten für Frauen in der Rentenversicherung, so wie es Blüm jetzt vor hat, muß vom Bund übernommen werden, weil es eine politische wie auch gesellschaftliche Maßnahme ist.
- Eine Sachkoalition zwischen Regierung und Opposition angesichts des überfälligen Handlungsbedarfes einer Strukturreform der Rentenversicherung halte ich für erforderlich.

(-/15.11.1984/ks/ru)

+ + +



Der Sozialdarwinismus hat Konjunktur
-----**Das Sozialstaatsgebot kommt unter die Räder**

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit
des Deutschen Bundestages

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage verbreitet die Bundesregierung die kühne Behauptung, sie wolle ihre Finanz- und Konsolidierungspolitik des Bundes nicht zu Lasten der anderen Gebietskörperschaften betreiben. Angesichts der tatsächlichen Lage der sozial Schwachen, Behinderten, Rentner und besonders der Sozialhilfeempfänger sollte man vermeiden, zynisch zu werden. Sonst ergäbe sich fast zwangsläufig die Frage, ob diese Behauptung vielleicht ein Witz sein soll. Man muß sich bei diesen Debatten um die sozialpolitischen Auswirkungen der sogenannten Konsolidierungspolitik dieser Regierung schon vorkommen wie Don Quichotte im Kampf gegen die Windmühlenflügel. Wir Sozialdemokraten haben im Plenum des Deutschen Bundestages immer wieder vor den Folgen einer einseitigen Kürzungspolitik zu Lasten der sozial Schwachen gewarnt. Warum eigentlich hat jener CDU-Generalsekretär, der einen Teil seiner freien Zeit darauf verwendet, seine Aufgaben als Familienminister mehr schlecht als recht wahrzunehmen, die von ihm 1976 erfundene "Neue soziale Frage" wieder in den Schubladen verschwinden lassen? Wie ernst es ihm in seiner Sorge um die Bürger "jenseits der Arbeitnehmerschaft" eigentlich war, läßt sich an der heute von ihm kräftig mitbetriebenen Politik ablesen, die sich gerade gegen jene Gruppen richtet, die nach seiner damaligen Interpretation von der "Neuen sozialen Frage" betroffen sein sollten. Dies sind dieselben Gruppen, die nach Auffassung dieser Regierung und der Mehrheit des Bundestages angeblich immer noch über ihre Verhältnisse leben: Die Rentner, die nach den jüngsten Regierungsbeschlüssen im nächsten Jahr die geradezu umwerfende Steigerung ihrer Renten um sage und schreibe 1,1 Prozent zu erwarten haben; die Arbeitslosen, denen ihre Lohnersatzleistungen, für die sie schließlich einkommensgerechte Beiträge gezahlt haben, Jahr für Jahr unerbittlich heruntergekürzt wurden; und nicht zuletzt die Sozialhilfebedürftigen, die sich mit einem bundesdurchschnittlichen Eckregelsatz von zur Zeit 356 DM im Monat in der angeblich so bequemen sozialen Hängematte schaukeln. Bei allem Respekt erscheint es auch nötig, darauf hinzuweisen, daß jene "Sozialfälle", die in der Diskussion der letzten Wochen besonders im Deutschen Bundestag eine besondere Rolle gespielt haben, nicht Gegenstand dieser Betrachtung sein können.

Anstatt sich auf den Hosenboden zu setzen und finanzpolitisch saubere Lösungen für die gegenwärtige Strukturkrise der Wirtschaft zu erarbeiten, hat die Bundesregierung einen gigantischen Verschiebebahnhof eröffnet und die Lasten der strukturellen Dauerarbeitslosigkeit in einem in dieser Republik bisher nicht für möglich gehaltenen Ausmaß auf die Gemeinden abgewälzt. Die Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, beim Wohngeld, beim Kindergeld, bei der Ausbildungsförderung in den Jahren 1983 und 1984 haben dazu geführt, daß immer mehr Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Sozialhilfe, die von den Kreisen und den kreisfreien Städten als den örtlichen Trägern der Sozialhilfe im wesentlichen aufzubringen sind. Gerade die strukturelle Dauerarbeitslosigkeit hat zu weit überproportionalen weiteren Kostensteigerungen in der Sozialhilfe geführt. Die einzige Antwort der Koalition auf diese Entwicklung bestand in der Vornahme sozialpolitisch unvertretbarer Eingriffe in das Leistungsgefüge des Bundessozialhilfegesetzes durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984. Mit diesen Eingriffen ist es der Bundesregierung endgültig gelungen, ihre Konsolidierungsbemühungen auf dem Rücken der sozial Schwächsten auszutragen.



Dies ist der Kernpunkt der eigentlichen Tendenzwende. Dies ist die Hinwendung zur sozialdarwinistischen Ellenbogen-Gesellschaft. Die Menschlichkeit gerät dabei unter die Räder. Der Starke triumphiert über den Schwachen, und die Fußkranken unserer Wohlstandspyramide geraten noch weiter ins Abseits. Mit dem sang- und klanglosen Untergang der verfassungswidrigen Zwangsanleihe ist nun auch das letzte soziale Feigenblatt der Konsolidierungspolitik weggefallen. Die hilflose Nichtreaktion der Bundesregierung angesichts neuer Milliardenlöcher, durch niedrigere Steuerschätzungen und Zwangsanleiherückzahlungen, läßt befürchten, daß sie keiner vernünftigen Argumentation mehr zugänglich ist und sich das fehlende Geld im Stil des Sheriffs von Sherwood Forest bei denen holt, die sich am wenigsten wehren können: den sozial Schwachen und Benachteiligten. Erst kürzlich hat der Bundeskanzler in einem Interview mit einer ihm genehmen Zeitung außerhalb des Abwasserbereichs zu erkennen gegeben, daß die Bundesregierung keineswegs gewillt ist, sich im erforderlichen Maße am Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zu orientieren. Zitat: "Der Staat müsse den Willen zur Selbständigkeit und zum Risiko fördern, Leistung belohnen, Mehr Freiheit, statt mehr Gleichheit - das sei die gebotene Maxime."

Mehr Freiheit, statt Gleichheit - bezogen auf Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger eine wahrhaft atemberaubende Philosophie. Was soll damit gemeint sein? Mehr Freiheit von Vermögensteuern für Kapitalbesitzer oder noch weniger Gleichheit bei den Startchancen arbeitsloser Jugendlicher?

Diese Debatte darf sich nicht auf die Erörterung der Frage beschränken, welche unserer staatlichen Institutionen von der Strukturkrise der Wirtschaft am meisten betroffen sind, Bund, Länder oder Gemeinden. Im Mittelpunkt aller Politik hat der Mensch zu stehen, im Mittelpunkt der Sozialpolitik das Schicksal aller derjenigen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, ohne Unterstützung einer größeren Gemeinschaft nicht selbst helfen können. Deshalb ist es das Gebot der Stunde, alle Versuche abzuwehren, die gegenwärtige ökonomische Krise zur Veränderung des sozialen Charakters dieser Republik zu benutzen. Das Sozialstaatsgebot des Artikel 20 Grundgesetz darf nicht auf kaltem Wege unterlaufen werden. Auch wir Sozialdemokraten sind nicht so vermessend, jetzt, am Beginn der dritten industriellen Revolution, die "richtigen" sozialpolitischen Konzepte anbieten zu wollen. Aber wenigstens die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse sozial Schwacher müssen gesichert bleiben, bis die Entwicklung so weit übersehbar ist, welche Bedingungen einer konzeptionell zukunftsweisenden Sozialpolitik zu erfüllen sind.

Nach heutigem Wissensstand muß damit gerechnet werden, daß die hohe Arbeitslosenquote in naher Zukunft kaum abzubauen ist, daß sie sich im Gegenteil, weil die Bundesregierung immer noch keine beschäftigungspolitischen Maßnahmen ergriffen hat, noch wesentlich zu erhöhen droht. Höhere Arbeitslosenquoten schlagen aber unmittelbar und deutlich auf die Sozialhilfe durch, wie dies auch von den das Bundessozialhilfegesetz ausführenden Gemeinden und überörtlichen Sozialhilfeträgern immer wieder bestätigt wird. Deshalb bleibt es eine unabdingbare Forderung, daß die Sozialeinkommen, soweit sie Lohn- oder Unterhaltersatz darstellen, die Aufrechterhaltung des bisherigen Lebensstandards ermöglichen müssen. Sozialpolitik darf unter dem Druck wirtschaftlicher Verhältnisse nicht als Mittel zur sozialen Kontrolle und zum sozialen Abstieg mißbraucht werden. Der Weg zurück in den ständischen Obrigkeitsstaat ist ein Irrweg, der nicht noch weiter begangen werden darf.

Rasenmähermethoden, wie die von der Bundesregierung praktizierten, sind in der Sozialpolitik ebenso unangebracht wie das Gießkannenprinzip in der Steuer- und Subventionspolitik. Die soziale Verantwortung der Städte und Gemeinden für ihre Bürger, besonders für ihre sozial schwachen Bürger, gebietet es, daß sie daran mitarbeiten, der sozialpolitischen "Wende" eine Offensive entgegenzusetzen, die den Stellenwert der Sozialleistungen für den Einzelnen und für die Familien deutlich macht und das Problembewußtsein der Bevölkerung schärft, damit das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes mit allen geeigneten Mitteln verteidigt werden kann. (-/15.11.1984/ks/va)

+ + +

